Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Algerien wird frei ; Neukolonialismus? ; Hilfe für Lateinamerika ; Neuer Kurs? ; Nie wieder...!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140561

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gruppen hin, die mit der Aufrüstung verflochten sind». Es hat in vielen Nationen «private Rüstungsindustrielle gegeben, welche die Presse ihres Landes aufgekauft und sie gegen den Völkerbund, die Vereinten Nationen und die Abrüstung eingesetzt haben». Die Vorschläge für die Abrüstung in der Luft wurden stets entschlossen, um nicht zu sagen leidenschaftlich, von den Leuten der sogenannten «Luftfahrtinteressen» bekämpft, das heißt von vielen hohen Offizieren, den Flugzeugfabrikanten, «patriotischen» Luftfahrtverbänden, technischen Luftfahrtzeitschriften und Korrespondenten und Kommentatoren der Luftfahrt. Und wie Anthony Nutting über den Verlauf der Verhandlungen im Unterausschuß der Vereinten Nationen schrieb, dem er zwei Jahre hindurch als britischer Delegierter angehört hatte, erhebt sich «hinter jeder Abrüstungsdelegation jener unheimliche graue Riese in den Beratungen der Menschen und Nationen — das Verteidigungsministerium».

Wenn jedoch die Völker an den Worten der Vollversammlung vom 28. Oktober 1959 festhalten, daß «die Frage einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung die wichtigste ist, der die Welt heute gegenübersteht», werden sie den Weg zum Weltfrieden finden. Da es «keine *technischen* Schwierigkeiten gibt, die eine Einigung verhindern sollten — sie sind», wie Noel-Baker sich ausdrückt, «verglichen mit den technischen Schwierigkeiten einer nationalen Verteidigung, als geringfügig anzusehen —, so bleibt tatsächlich nur noch eine einzige erhebliche Schwierigkeit: werden die führenden Militärmächte zu der großen politischen Entscheidung gelangen, daß sie eine Abrüstung *wollen*?» «Es fehlte zur Überbrückung des letzten Trennenden», schreibt Robert Jungk, «immer wieder der heute so entscheidende *Mut zum Vertrauen*. Noel-Baker verlangt diesen Mut nicht nur als Glaubensbekenntnis, sondern als Akt der Vernunft.»

Noel-Baker braucht als Motto für sein Buch die Worte von *John Stuart Mill*: «Gegen ein großes Übel bietet ein kleines Heilmittel nicht etwa eine kleine Abhilfe, es führt überhaupt zu keinem Ergebnis.» In der Debatte in der Vollversammlung der UNO 1959 schlug *Chruschtschew* vor, daß seine «allgemeine und vollständige Abrüstung» in drei Stufen vollzogen würde, von denen die letzte innerhalb von vier Jahren beendet werden sollte. Der russische Vorschlag sieht demnach ein bestimmtes Datum für den Abschluß dieser stufenweisen Abrüstung vor, aber die Idee von Stufen wird oft als Deckmantel für die Verhinderung der Abrüstung gebraucht. Auch *Nehru* weiß dies. In seiner Rede vom 27. März in der Rajya Sabha sagte er: «Totale und allgemeine Abrüstung ist zwar nur in Stufen durchführbar, doch sind solche Stufen bloß im Zusammenhang mit der Gesamtabrüstung sinnvoll. Würde ein Land mit einem Rüstungsbestand von 1000 Atomwaffen sich bereit erklären, nur 500 behalten zu wollen, so wäre dies zwar ein 50prozentiger Fortschritt auf die Abrüstung hin, doch hätte solche teilweise Abrüstung keinen Sinn.»

In seinem Dankeswort an die Persönlichkeiten, die ihm bei der deutschen Ausgabe geholfen haben, drückt Noel-Baker unserer Mitarbeiterin *Elisabeth Rotten* seine besondere Anerkennung aus. Ihr «unablässiger Dienst an der Sache des Friedens ist ihren Mitarbeitern in vielen Ländern seit mehr als 40 Jahren bekannt». Red.

WELTRUNDSCHAU

Algerien wird frei Im Augenblick, da ich meinen Monatsbericht zu schreiben beginne, steht es noch nicht fest, wann die französisch-algerischen *Friedensverhandlungen in Evian* eröffnet werden. *Daß* sie aber in naher Zukunft eröffnet werden, ist wohl sicher und stellt die erfreulichste Tatsache im weltpolitischen

Bereich dar, die wir seit vielen Monaten verzeichnen durften. Endlich, endlich bekommt das so entsetzlich gemarterte Volk Algeriens sein Recht und seine Unabhängigkeit; denn daß die Gespräche am Genfersee wieder ergebnislos abgebrochen werden könnten, wie im letzten Sommer die von Melun, erscheint ja gänzlich ausgeschlossen, so stark ist der Zwang zum Friedenmachen auf beiden Seiten bereits geworden. Man nimmt es vor allem in Frankreich — abgesehen von kleinen, unbelehrbaren Gruppen der Rechten — mit einer fast schicksalergebenen Gelassenheit als Tatsache hin, daß Algerien seine volle nationale Selbständigkeit über kurz oder lang gewinnt; auch die Zeitungen, die noch bis vor kurzem «L'Algérie française!» im Chor der nationalistischen und kolonialistischen «Ultras» mitbrüllten, erörtern jetzt nur noch die *Bedingungen* des Friedensschlusses mit Algerien — Saharaöl, Flottenstützpunkt von Mers-el-Kebir, Stellung der europäischen Minderheit usw. — nicht aber die Möglichkeit und Wünschbarkeit einer raschen Beendigung der «sale guerre».

Was hat diesen — man darf es diesmal schon sagen — epochemachenden Umschwung zustandegebracht? Nach allen uns verfügbaren Berichten in erster Linie die Massenkundgebungen der algerisch-muselmanischen Bevölkerung vom 11. Dezember 1960. Daß mit der Fahne des FLN, des Front de Libération Nationale, Tausende und aber Tausende von Algeriern in allen größeren Städten schlagartig auf die Straße traten und sich lieber zu Hunderten von den berüchtigten französischen Fallschirmern erschießen ließen (die selber kein einziges Opfer zu beklagen hatten), als daß sie auf die öffentliche Bekundung ihres Freiheitswillens verzichteten — das war für die Franzosen ein derart niederschmetterndes Ereignis, daß es mit vollem Recht der militärischen Niederlage Frankreichs von Dien Bien Phu an die Seite gestellt wurde, die den Indochinakrieg zugunsten der «Rebellen» entschied. «Seit jenem Datum», so stellt ein Beobachter fest, «ist die körperliche Herrschaft, die Frankreich in Algerien ausübte, nicht bloß unsicher, sondern weithin nur noch Schein gewesen ... Die arabische Bevölkerung gehorcht jetzt nur noch *einem* Herrn: der Regierung Ferhat Abbas (die von Tunis aus die Widerstandsbewegung steuert. H. K.). Befehle aus Paris werden trotz dem gewaltigen militärischen Unterdrückungsapparat nur noch ausgeführt, wenn sie nicht mit den nationalistischen Gefühlen der Bevölkerung in Widerstreit geraten. Die einstmals maßgebenden Ultras, die eine Pariser Regierung nach der andern terrorisierten, wagen sich nicht mehr auf die Straßen aus Furcht vor arabischen Vergeltungsmaßnahmen.»

Präsident de Gaulle — das muß man ihm lassen — hat die Folgerung aus dieser Lage gezogen und dem FLN den Frieden angeboten. Vor einem Militärputsch nach Art des 13. Mai 1958 scheint er keine Angst mehr zu haben, zumal er weiß, daß die Antwort darauf eine Schilderhebung der französischen Linken wäre, mit der Gefahr einer Machtergreifung durch die Kommunisten. So lenkte er klug ein und

sucht nun wenigstens das Gesicht zu wahren. Je nach der Bereitschaft des FLN, seinerseits Zugeständnisse zu machen, mag ihm das auch bis zu einem gewissen Grade gelingen. Daß aber der Verlust auch noch Algeriens, nach demjenigen von Tunesien und Marokko und dem Zusammenbruch des Kolonialreiches südlich der Sahara, in Frankreich als schwere, tief schmerzliche nationale Niederlage empfunden werden wird, das kann keinerlei Zweifeln unterliegen. Die Zeit der weißen Kolonialherrschaft geht eben einfach unaufhaltsam dem verdienten Ende entgegen. Das hat Großbritannien — viel klüger als Frankreich — längst verstanden; für Frankreich brauchte es ein Dien Bien Phu in Indochina und einen 11. Dezember in Algerien, bis die Herrschenden endlich kapierten und wenigstens auf den offenen, militärisch gestützten Kolonialismus verzichteten.

Neukolonialismus! Denn daß es auch einen verschleierten, nicht auf militärische Besetzung gegründeten *neuen* Kolonialismus gibt, ist hier oft genug festgestellt worden und muß namentlich bei der Bewertung der Außenpolitik der *Vereinigten Staaten* stets im Auge behalten werden. Kaum jemand, so schreibt auch Professor Matthias in der «Neuen Politik» (Hamburg, 7. 1. 1961), wird bestreiten, «daß die Haltung Amerikas gewissen Ländern gegenüber eine Färbung hat, *als ob* sie Kolonien wären, und daß diese Länder Amerika gegenüber ihre Selbständigkeit verloren haben. Man kann über den Grad ihrer Abhängigkeit streiten, aber die Tatsache selbst kann nicht geleugnet werden. Die Abhängigkeit ist nicht die einer Kolonie, die sich stets in sichtbaren Formen (Fahnen, Militär, Verwaltungssprache usw.) äußert, sondern eine verborgene, die einem Reisenden, der sich nur auf seine Augen verlassen würde, unsichtbar bleiben muß. Man könnte sagen, daß Amerika in diesen Ländern herrscht, ohne zu regieren — und vielleicht ist damit bereits die beste Definition für den ‚ökonomischen Kolonialismus' gegeben. Es handelt sich dabei um eine Herrschaftsform, die keine territoriale Besetzung des fremden Landes erfordert und trotzdem in einer abstrakten, fast gespenstigen Weise ausgeübt werden kann. Sie macht sich vor allem im Wirtschaftsleben des fremden Landes bemerkbar, das von der herrschenden Macht ganz oder teilweise absorbiert wird. Der nationale Charakter der Wirtschaft verschwindet. Es handelt sich also um einen Überwältigungsprozeß, der sich von der Eroberung nur dadurch unterscheidet, daß er sich lautlos vollzieht. Es wird dabei nicht geschossen. Das Mittel, das man zur Überwältigung verwendet, ist harmloserer Art, aber keineswegs von geringerer Wirksamkeit: Es wird in der fremden Wirtschaft investiert. Es werden Anlagen vorgenommen, die es gestatten, sich diese Wirtschaft langsam anzueignen. Man könnte also sagen: Die Investition ist das Trojanische Pferd, amerikanisch gezäumt. Sie ermöglicht eine Herrschaft, die anonym bleibt und also eine entpersönlichte Herrschaft ist.»

Man wird so auch die «neue» amerikanische Politik gegenüber *Laos* nur verstehen können, wenn man diese neukolonialistische Praxis gebührend in Rechnung stellt. Im Gegensatz zu Dulles, der Neutralität im Kampf zwischen kommunistischer und «freier» Welt als tatsächliche Parteinahme für Moskau und Peking brandmarkte, und darum auch Laos fest unter die Herrschaft der USA bringen wollte, hat Kennedy ja nun die Neutralisierung von Laos als Ziel der amerikanischen Politik gegenüber dem kleinen südostasiatischen Königreich erklärt. Aber diese Abwendung von einem lockenden Ziel gleicht eben doch allzu auffallend derjenigen des Fuchses, dem die Trauben zu sauer geworden sind, weil sie ihm zu hoch hingen. Die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe (mehr als 1200 Millionen Schweizer Franken!), die es den reaktionär-feudalen Gruppen in Laos zweimal ermöglichte, eine neutralistische Regierung zu stürzen, hat einfach versagt. Insbesondere der neue Militärputsch des Generals Boum-Oum, der sich gewaltsam in den Besitz der Regierungsmacht setzte und sich diesen Erfolg von einem willfährigen Parlament als in Ordnung gehend bestätigen ließ, hat den Vereinigten Staaten nicht viel geholfen. Die Gegenaktion der verbundenen neutralistischen und linksradikalen («kommunistischen») Kräfte hat sich jedoch immer kräftiger durchgesetzt, und nun, da die Gefahr eines vollständigen Sieges dieser Kräfte nahegerückt ist, wird man in Washington plötzlich pazifistisch und erklärt, der Kampf dürfe nicht auf militärischem Boden fortgesetzt und es müsse statt dessen eine politische Lösung gefunden werden, die die Neutralität von Laos gegenüber den «kommunistischen Umsturz- und Durchdringungsversuchen» sicherstelle.

Daß die Russen, von denen als Mitbeteiligten an der Indochinakonferenz von 1954 die Vereinigten Staaten durch britische Vermittlung einen entscheidenden Druck auf die laotische Linke zugunsten sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten verlangen, auf diese neue, allzu naiv vorgezeichnete amerikanische Linie nicht bedingungslos einschwenken, ist nur zu begreiflich. Es ist zwar keineswegs so, wie in Amerika behauptet wird, daß «die Russen den Fernen Osten als den Schauplatz gewählt haben, auf dem sie die Nerven, die Fähigkeit und die Entschlossenheit Präsident Kennedys erproben wollen», und im Fall eines Erfolges «die Vorhand in dem Zweikampf um die Weltführerschaft gewinnen könnten, der sich zwischen den Vorkämpfern der kommunistischen und der freien Welt entsponnen hat» (Russell Barnes in den «Detroit News» 30. 3. 1961). Aber selbstverständlich kann der Sowjetunion nichts daran liegen, daß die Linkskräfte in Laos das Faustpfand aus der Hand geben, das sie im militärischen Kampf gewonnen haben, um eine «politische Lösung» des Konflikts zu ermöglichen, die ihren Einfluß auf die Innenpolitik ihres Landes mindern oder ausschalten würde, wie das die Vereinigten Staaten erstreben. Tatsache ist nun eben, daß die laotische Linke die stärkste und tat-

kräftigste Gruppierung im Lande darstellt, so daß sie an der Regierung einen gebührenden Anteil mit Recht verlangen darf. Und Tatsache ist weiter, daß Laos auch außenpolitisch auf ein gutes Verhältnis zu seinen kommunistischen Nachbarn — Nordvietnam und China — angewiesen ist, viel mehr als auf Freundschaft mit Amerika, das mit Hilfe der SEATO und Japans nach wie vor die Chinesische Volksrepublik mattzusetzen sucht. So wie man in Washington die Neutralisierung von Laos versteht, wird das also kaum gehen; die Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür, daß der Bürgerkrieg in Laos, den die Vereinigten Staaten haben entfesseln helfen, erst endgültig abgebrochen wird, wenn etwelche Sicherheit besteht, daß auf diplomatischem Weg, besonders vermittelst der in Aussicht stehenden west-östlichen Konferenz über Laos, eine für die Linke annehmbare Lage in dem umstrittenen Königreich herbeigeführt werden kann.

Das heißt aber: Es besteht große Aussicht, daß den Vereinigten Staaten Laos immer mehr entgleiten wird und damit in den Ring der amerikanischen Stützpunkte in Ostasien eine bedenkliche Bresche geschlagen wird. Am meisten gefährdet (vom amerikanischen Standpunkt aus) erscheint Thailand (Siam), dessen Ministerpräsident Saril Thanarat schon im vergangenen Spätherbst erklärt hat, er erachte es als einen Fehler, wenn man «ein guter Freund» (gemeint war das Verhältnis Thailands zu den Vereinigten Staaten) sein wolle. «Er deutete damit», so bemerkte dazu die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 4237), «klar darauf hin, daß Thailand eine ‚Rückversicherung' mit den Russen abschließen müsse, wenn dem kommunistischen Vorstoß in Laos nicht Einhalt geboten werde ... Die Amerikaner, die darauf bedacht sein müssen, Thailand neues Vertrauen zu ihrer Hilfe einzuflößen und gleichzeitig gute Beziehungen mit Souvanna Phouma zu unterhalten, befinden sich in einer schwierigen Lage.» Auf Kambodscha und Südvietnam würde eine Niederlage der Vereinigten Staaten im Kampf um Laos ebenfalls bald spürbare Wirkungen haben, und was aus Formosa, Südkorea und dem amerikanischen Ring um China überhaupt werden müßte, darüber kann man heute nur Vermutungen anstellen. Daß die Vereinigten Staaten keine große Lust haben, militärisch in Südostasien einzugreifen, um ihre bisherige Stellung zu verteidigen, ist offenkundig, trotz den Drohungen und «Vorsichtsmaßnahmen», die Kennedy im Zusammenhang mit der Laoskrise angeordnet hat. Dies um so mehr, als weder England noch Frankreich viel für eine «Politik der starken Hand» übrig haben, die für Amerika retten solle, was vielleicht noch zu retten ist. Der Neukolonialismus hat mehr und mehr auch in Ostasien ausgespielt; Wirtschaftshilfe und Kapitalanlagen werden auch dort nur mehr möglich sein, wenn sie von imperialistischen Absichten eindeutig frei sind und im Gegenteil der Abschüttelung kapitalistischer Fremdherrschaft über unterentwickelte Länder dienen.

Hilfe für Lateinamerika Das muß besonders nachdrücklich auch zu dem neuen nordamerikanischen Plan für eine großzügige Hilfe an die *lateinamerikanischen Länder* gesagt werden. Präsident Kennedy betrachtet ihn als Durchbruch einer beinahe revolutionären Wandlung in der Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Mittel- und Südamerika. Und tatsächlich weist er Züge auf, die man an den verschiedenen Hilfsprogrammen der früheren USA-Regierungen vergeblich suchte. Kennedys Zehnjahrprogramm für Lateinamerika will den schreienden wirtschaftlichen und sozialen Mißständen in den Ländern dieses Halbkontinents unmittelbar zu Leibe gehen durch langfristige Entwicklungspläne, Währungssicherung, Ermutigung des «Privatunternehmertums», Hebung der Landwirtschaft, Ausrottung des Analphabetentums, Schaffung eines gemeinsamen Absatzmarktes usw. Und zwar — das ist nun entscheidend — in Zusammenarbeit mit den Regierungen der lateinamerikanischen Staaten selber. Verbindung von Auslandhilfe mit eigener Anstrengung — auf diesem Gedanken beruht der ganze Plan, und sein Gelingen hängt in erster Linie davon ab, ob in den entwicklungsbedürftigen Ländern Kräfte geweckt und nutzbar gemacht werden können, die eine wirkliche, durchgreifende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft wollen.

Die *Notwendigkeit* einer solchen Umgestaltung sollte eigentlich kaum mehr begründet werden müssen; allein gerade im Hinblick auf die Erfolgsmöglichkeiten des Kennedy-Planes muß doch die wesentliche Ursache des ungeheuren Notstandes, unter dem Lateinamerika leidet, immer wieder aufgezeigt werden. Sie liegt, wie Professor C. W. *Mills*, der sehr bekannte nordamerikanische Sozialforscher, in seinem erregenden Buch *«Listen, Yankee»* («Höre, Amerikaner») feststellt, vor allem darin, daß «die meisten dieser Länder — wie das alte Kuba — tatsächlich von einem Bund zwischen Auslandskapital und örtlichen Interessen von denkbar rückschrittlichstem Charakter beherrscht werden . . . In vielen dieser Länder — wie im alten Kuba — können keine wirklichen Reformen ohne Zustimmung des Militärs unternommen werden, das erheblich mehr als 20 Prozent der Staatsausgaben verschlingt». Die Armut der Volksmassen in Lateinamerika ist, als Folge der Herrschaft des famosen Zweibundes, fast unbeschreiblich. Im Jahre 1953 zum Beispiel betrug das Jahreseinkommen je Kopf der Bevölkerung in den meisten mittel- und südamerikanischen Ländern nicht einmal 300 Dollar, weniger als 40 Prozent des Durchschnittseinkommens im ärmsten der Einzelstaaten der Nordamerikanischen Union, in Mississippi. Und seither ist der Abstand eher noch größer geworden. Wie Mills schreibt, besitzen in den sechs «Republiken» Mittelamerikas ein paar hundert Familien der Oberschicht den größten Teil des Bodens. «Einen Mittelstand gibt es kaum; die gewaltige Mehrheit lebt in Schinderei, Armut, Trägheit; mehr als die Hälfte kann weder lesen noch schreiben. Bananen in Honduras und Panama, Baumwolle

in Nicaragua, Kaffee und Bananen in Costa Rica, in den anderen Kaffee, Kaffee — das sind die ‚Dessert'-Ausfuhrerzeugnisse, um die sich die Wirtschaft dieser Länder dreht.» Dabei könnte Lateinamerika mit seinen Naturreichtümern all seinen Bewohnern Wohlstand und Kultur in einem Ausmaß bieten wie nur irgendein anderer Erdteil! Um so herausfordernder ihre tatsächliche Not.

Professor Mills faßt seinen Überblick über die heutigen Zustände in Mittel- und Südamerika so zusammen: Eine unglaubliche Armut (vielleicht zwei Drittel der Menschen sind unterernährt); weitverbreitete Ansteckungs- und Mangelkrankheiten; größte Unwissenheit; ständige Ausbeutung (zwei Drittel der Bevölkerung leben uner halbfeudalen Arbeitsbedingungen); einseitige landwirtschaftliche Produktion und deshalb Abhängigkeit von allen Preisschwankungen im Ausland); ungerechte und leistungsunfähige Bodennutzung durch die einheimischen Oberklassen und ausländische Kapitalisten; Beherrschung der Industrie und des Bergbaus durch ausländisches Kapital; unzulängliche Verkehrseinrichtungen; unentwickeltes Bankwesen und Darniederliegen des Handels; politische Beherrschung des Volkes durch eine Militärkaste, die das Werkzeug einheimischer Großgrundbesitzerfamilien und ausländischer Kapitalinteressenten ist (seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es in Lateinamerika mindestens 31mal einen Regierungswechsel ohne Rücksicht auf verfassungsrechtliche Vorschriften gegeben).

Wie wollen nun aber die Urheber des nordamerikanischen Entwicklungsplanes für Lateinamerika — so muß man fragen — Kräfte ans Ruder bringen, die diese ganzen Zustände von Grund auf zu ändern gewillt und imstande sind? C. W. Mills sagt es ganz ungeschminkt: Das ist vorerst überhaupt nicht abzusehen, sind es doch die Vereinigten Staaten selber, die bisher die reaktionär-ausbeuterischen Herrenschichten gestützt und ihrem eigenen Vorteil nutzbar gemacht haben. «Ihre Hilfe hat großenteils darin bestanden, daß sie *ihnen* Waffen und andere militärische Unterstützung zukommen ließen — im Namen der ‚Verteidigung der westlichen Erdhälfte', was tatsächlich Verteidigung gegen ihr eigenes Volk bedeutet hat ... Für ihre ‚Anleihen' (die seit Kriegsende etwa 2,5 Milliarden Dollar betragen haben) verlangen die Vereinigten Staaten die Annahme einer Wirtschaftspolitik, die angesichts des Preisfalles für lateinamerikanische Wirtschaftsgüter alle Hilfen und Anleihen wieder zunichte macht.»

«Der Handel der Vereinigten Staaten mit Lateinamerika», so fährt der Verfasser fort, «ist natürlich größer als derjenige mit irgendeiner anderen Weltgegend; die Kapitalanlagen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika, die sich jetzt auf etwa 9 Milliarden Dollar (rund 38 Milliarden Schweizer Franken) belaufen, sind größer als diejenigen in irgendeinem anderen Gebiete der Welt ... Demgemäß hat die Tätigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten darin bestanden, den Handel zu fördern und die Kapitalanlagen zu verteidigen. In Verfolgung

dieser Ziele war der amtliche Kurs der, politische Stetigkeit in den beherrschten Völkern zu erhalten, ohne Rücksicht auf Regierungsformen, damit das Geschäft wie üblich weitergehen konnte. Alles andere ist rednerische Schönfärberei — die vielleicht nötig war, um sich die Stimmen dieser Regierungen in den Vereinten Nationen zu sichern. Das scheint mir in ein paar Sätzen der Kern der Wahrheit in dieser Sache zu sein ... In *einer* Beziehung mindestens spielen die Vereinigten Staaten im 20. Jahrhundert gegenüber Lateinamerika die gleiche Rolle wie im 19. Jahrhundert das zaristische Rußland gegenüber Europa: Die Vereinigten Staaten sind eine reaktionäre Bedrohung jedes wirklichen Versuches, die grundlegenden Wirklichkeiten Lateinamerikas zu ändern. So oft in Lateinamerika die Menschen wirklich begonnen haben, sich in Bewegung zu setzen, ist — allgemein gesprochen — dieser Bewegung gegenüber die Politik und der Mangel an einer Politik der Vereinigten Staaten beharrlich gegenrevolutionär gewesen.»

Neuer Kurs! Wird das nun grundsätzlich anders werden? Wird die «Zusammenarbeit» mit Lateinamerika, die der Kennedy-Plan ins Auge faßt, künftig darin bestehen, daß von den Vereinigten Staaten aus nicht mehr die reaktionären, sondern die *revolutionären*, gesunden Kräfte in den mittel- und südamerikanischen Ländern mit allen Mitteln gefördert werden? Es ist schwer zu glauben, wenn man die Haltung der Washingtoner Regierung gegenüber dem revolutionären *Kuba* ansieht. Sie war unter Eisenhower offensichtlich auf die *Erstickung* der kubanischen Revolution gerichtet, und sie hat unter Kennedy bisher keine Änderung erfahren. Kann man trotzdem erwarten, daß die Vereinigten Staaten in den anderen Ländern Mittel- und Südamerikas diejenigen Maßnahmen planen und unterstützen, die sie im Fall von Kuba mit allen Mitteln bekämpft haben und weiter bekämpfen? All die wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die jetzt in Washington für Lateinamerika geplant werden, können, wie Leo Huberman in der «Monthly Review» (Märzheft) schreibt, nicht durchgeführt werden, solange die betreffenden Länder nicht ebenfalls ihre soziale Revolution vollzogen haben. «Das ist die Lehre, die aus der kubanischen Revolution gezogen werden muß — eine lebenswichtige Lehre für alle lateinamerikanischen Länder ... Das vorrevolutionäre Kuba bewies, wie groß die Mißwirtschaft, die Leistungsunfähigkeit, die Vergeudung und die Ausbeutung sind, die einem unterentwickelten Land durch den Monopolkapitalismus aufgezwungen werden. Die bloße Abschüttelung des imperialistischen Joches setzte das revolutionäre Kuba instand, weite Flächen fruchtbaren Landes, die zuvor durch abwesende Besitzer vernachlässigt oder heruntergewirtschaftet worden waren, sofort in Kultur zu nehmen und Industrieanlagen, die zuvor stillstanden, sofort auszunützen. Die Aufnahme einer zentral geplanten Wirtschaft befähigte Kuba, noch weiter zu

gehen und den Grund zum Aufbau einer ausgeglichenen, gesunden, gesitteten und schließlich auch reichen Gesellschaft zu legen . . . Ohne soziale Revolution gibt es keine Möglichkeit, über die Einführung großenteils unwirksamer Reformen hinauszukommen. Die Erfahrungen der Sowjetunion und Chinas haben das schon vorher bewiesen; jetzt hat es Kuba aufs neue bewiesen.»

Ohne eine gründliche wirtschaftlich-soziale Umgestaltung wird auch der *Kongo* nicht zur Ruhe kommen. Und das setzt voraus, daß der Kongo frei von allen ausländischen Einflüssen wird, die das frühere kapitalistisch-kolonialistische Regime erhalten wollen. Lumumba hatte das klar erfaßt; seine Volkspartei war die einzige in der ganzen neugeschaffenen Republik verbreitete Gruppe, die für vollständige politische Unabhängigkeit kämpfte, und sein Nachfolger Gizenga hat in den Provinzen Orientale, Kivu und Kasai wie auch im Norden von Katanga darum eine so starke Stellung gewonnen, weil er unentwegt an diesem Ziel festhält. Gerade deshalb aber mußte Lumumba sterben; hätte er noch rechtzeitig Zuflucht bei Gizenga gefunden, so hätte die Unabhängigkeits- und Einheitsbewegung des kongolesischen Volkes einen mächtigen Auftrieb erhalten. Statt dessen haben nun die Zersetzungs- und Spaltungskräfte freie Bahn bekommen, diejenigen Kräfte also, die genau wissen, daß nur ein schwacher, zerrissener Kongo eine auch fernerhin ausbeutbare Kolonie des belgisch-britisch-amerikanischen Bergwerks- und Finanzkapitals ist. Die Belgier hatten zwar vor der Erklärung der Unabhängigkeit des Kongo einen Einheitsstaat mit einer vermeintlich leicht zu beherrschenden Zentralregierung als beste Gewähr für die Fortsetzung der alten Kolonialpolitik unter neuem Namen gehalten. Sie sahen aber ihren Irrtum bald ein, schien sich doch die Zentralregierung mit Lumumba an der Spitze umgekehrt zur wirksamsten Waffe in der Hand der radikalen Nationalbewegung zu entwickeln, die auf gänzliche Unabhängigkeit und auf gründliche soziale Reformen hindrängte. Darum mußte Lumumba als «Kommunist» erklärt und vor allem in Katanga eine sonderbündlerische Bewegung aufgezogen werden, mit Tschombé als gefügigem Werkzeug der Union Minière und ihrer Nebengesellschaften. Bald entstanden ähnliche Bewegungen auch in anderen Provinzen, namentlich am Sitz der Zentralregierung, die nun mit Kasavubu und später Mobutu an der Spitze ebenfalls dem ausländischen Kolonialkapital hörig wurde. Und was das Schlimmste war: die Organe der Vereinten Nationen traten bei ihrer «Ordnungsaktion» mit soviel Vor- und Rücksicht den Sonderbündlern gegenüber, daß diese nur immer kühner und anmaßender wurden und schließlich auch vor dem Mord an Lumumba nicht mehr zurückschreckten.

Die «berühmte» Resolution des Sicherheitsrates, die — nötigenfalls unter Anwendung von Gewalt — die Zurückziehung allen ausländischen Militär- und Zivilpersonals, die Umgestaltung von Armee und Polizei, den Zusammentritt des Parlaments, die Untersuchung des

Mordes an Lumumba usw. forderte, kam unter diesen Umständen einfach zu spät. Die Sonderbündler sagten ihr sofort den entschlossenen Kampf an, und wo immer schüchterne Versuche gemacht wurden, ihrem Treiben entgegenzutreten, da waren *sie* es, die — mit ausländischem Geld im Sack — ihre Militärmacht einsetzten und die UNO-Organe zur Kapitulation zwangen, so im Fall der Hafenstadt Matadi und an Ostern in Elisabethville, der Hauptstadt von Katanga, wo wenig fehlte, daß die von Tschombé und seinen Leuten aufgehetzte Menge die schwedischen UNO-Truppen niedergemetzelt hätte.

In diese demütigende, hilflose Lage haben die Westmächte die UNO hineinmanövriert. Kein Wunder, daß im Hauptquartier der Vereinten Nationen völlige Verwirrung und Ratlosigkeit herrscht und inzwischen die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Kongo mehr und mehr versagen. Die Taktik der UNO-Leitung geht unter diesen Umständen offenbar auf eine Verständigung mit den Sonderbündlern aus, mit Verzicht auf die Forderungen der totgeborenen Resolution vom 21. Februar und Errichtung einer «föderalistischen» Regierung, die in Wahrheit natürlich den völligen Triumph der Kolonialisten und ihrer Anschicksmänner und die offene Niederlage der nationalen und sozialen Freiheitsbewegung darstellen wird. Gewiß wird es dabei nicht endgültig sein Bewenden haben; diejenigen Kräfte im Schoße der UNO, die den Kampf für die Überwindung des Kolonialismus führen, werden ihrerseits nicht kapitulieren, vielmehr sich neu gruppieren und endlich eine geschlossene Einheitsfront bilden müssen. Aber vorerst ist der Kongo nur wieder ein Beispiel dafür, daß unterentwickelte, arme Länder von den fortgeschrittenen und reichen Industriestaaten wirksame Hilfe einzig bekommen können, wenn zuvor in ihnen alle kapitalistisch-kolonialistischen Einflüsse und Mächte ausgeschaltet sind.

Nie wieder . . .! Wir stoßen also auch hier wieder auf einen Kernpunkt der ganzen weltpolitischen Auseinandersetzung. Die kapitalistisch-imperialistischen Mächte *wollen* und *können* sich ja gar nicht ausschalten lassen, ohne die Welt den *sozialistischen* Kräften freizugeben. Sie kämpfen nicht nur in den unterentwickelten Ländern und den ehemaligen Kolonien der weißen Rasse um ihre Existenz, sondern auch in den längst industrialisierten und (mehr oder weniger) zivilisierten Ländern. Sie setzen alles daran, um die soziale Umwälzung, auf die alles hindrängt, zu verhindern und sie dort, wo sie bereits durchgebrochen ist, zurückzubilden oder doch zu isolieren. Das wichtigste Mittel dazu ist ihnen die *militärische Rüstung*; fiele sie weg, so gäbe es, wie sie überzeugt sind — und mit Grund —, kein Halten mehr auf dem Weg zu einer sozialistischen Ordnung in den meisten Ländern, von Laos bis Libanon, von Algerien bis zum Kap, von Mexiko bis Argentinien, und erst recht in Westeuropa, ja vielleicht sogar in Nordamerika. Ganz folgerichtigerweise sagte darum

unlängst der Bankier-General McCloy, ein einflußreicher Ratgeber Kennedys, die Vereinigten Staaten könnten auf den radikalen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion nicht eintreten, solange Moskau nicht mit seinen Weltumsturzdrohungen aufgehört habe, mit anderen Worten: solange die Sowjetregierung die Entwicklung zum Sozialismus auch in anderen Ländern begünstige. Kein Wunder auch, daß das erste Rüstungsbudget der neuen amerikanischen Regierung um rund zwei Milliarden Dollar (etwa 8500 Millionen Franken) höher ist als die Militärausgaben der USA im laufenden Finanzjahr. Die Überprüfung der militärischen Lage, so bemerkte letzte Woche Kennedys Wehrminister McNamara, hätten zu dem Entschluß geführt, die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten von den bloßen Abschreckungswaffen einzuschränken und größeres Gewicht auf solche Waffen zu legen, «mit denen ein umfassender Atomangriff geführt werden könnte». Die Regierung beschleunige darum die Herstellung von «Polaris»- und «Minuteman»-Raketen, die mit festen Treibstoffen angetrieben werden, und schränke allmählich die Erzeugung von «Titan»-Raketen ein, für die flüssige Treibstoffe verwendet werden.

Ebenso planmäßig und energisch wie die Vereinigten Staaten baut ihr wichtigster Verbündeter in Europa, *Westdeutschland*, seine Wehrmacht aus. Die Bundeswehr hat heute einen Bestand von rund 340 000 Mann erreicht und soll im laufenden Jahr noch weitere 14 000 Mann aufnehmen. Die Rüstungsausgaben für 1961 sollen etwas über 11 Milliarden Mark betragen; zusammen mit den geplanten Vorauszahlungen für Rüstungskäufe werden damit bisher über 57 Millarden Mark in die westdeutsche Wiederaufrüstung gesteckt sein. Die sozialdemokratische Fraktion im Bundestag hat bei der Budgetberatung Mitte März noch einmal *gegen* die Militärausgaben gestimmt, aber es dürfte das letzte Mal gewesen sein. Der «große» Wahlkampf, in dem die Sozialdemokratische Partei mit Willi Brandt als Kanzlerkandidaten Adenauer und seine Partei zu schlagen hofft, rückt ja näher und näher, und da darf es natürlich in der Wählerschaft keinen Zweifel mehr geben, daß die SPD «fest steht und treu als Wacht am Rhein», wenn es gilt, das «freie» Deutschland gegen den drohenden Einbruch der östlichen Barbaren zu verteidigen. Sie hat das auch unmißverständlich klargemacht, als nach englischem Vorbild heuer auch in der Deutschen Bundesrepublik verschiedene «Ostermärsche» zum Protest gegen die Kriegsrüstungen und besonders gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen vorbereitet wurden. Wie die Leitung des westdeutschen Gewerkschaftsbundes den Gewerkschaftern, so hat der Parteivorstand der Sozialdemokratie auch sämtlichen Parteiangehörigen unter Androhung des Ausschlusses verboten, an den Ostermärschen teilzunehmen, nachdem die gleiche Sozialdemokratie noch vor drei Jahren die Bewegung «gegen den Atomtod» in Gang zu bringen geholfen hatte. Aber diese Leute sind halt einfach zu jeder Charakterlosigkeit fähig! Ob es ihnen viel nützen wird, bleibt freilich mehr als

zweifelhaft; die Gemeindewahlen in Niedersachsen und Rheinland-Westfalen sehen gar nicht darnach aus, hat doch die SP im ersten Land ihren Stimmenanteil nur um 0,2 Prozent erhöhen können, die Christlich-Demokratische Union Adenauers aber um 7,7 Prozent, während die SP im andern Land 3,5 Prozent ihrer Wähler verloren hat und damit hinter die CDU zurückgefallen ist, die nun mit fast der Hälfte aller Wählerstimmen die stärkste Partei geworden ist.

Die gehorsamen Untertanen der westdeutschen Partei- und Gewerkschaftsherzöge haben zwar durch Fernbleiben von den Ostermärschen diese Kundgebungen teilweise zu einem Mißerfolg werden lassen, und die Presse — auch die schweizerische — hat ihren Hohn darüber nicht verborgen. Um so mächtiger sind dafür wieder die beiden *englischen Protestmärsche* ausgefallen. Die Bewegung für atomare Abrüstung, die dahinter steht, ist in der Tat eine Ehre für das englische Volk und eine Kraft im öffentlichen Leben Großbritanniens geworden, mit der auch die konservative Regierung rechnen muß. In der Labourpartei ist ihr Einfluß erst recht im Wachsen begriffen. Der Beschluß des letztjährigen Parteitags zugunsten einer atomaren und allgemeinen Abrüstung wäre ohne sie nicht möglich gewesen, und alles spricht dafür, daß auch am nächsten Labourkongreß die Parteileitung nicht mehr gegen die Forderung auf radikale Abrüstung aufkommen wird. Die Anhänger der Bewegung für atomare Abrüstung gehören zwar den verschiedensten politischen und weltanschaulichen Richtungen an; was sie aber alle eint, das ist — um mit dem «New Statesman» (31. 3.) zu reden — «die Überzeugung, daß die internationale Politik gegenwärtig einer atomaren Katastrophe zutreibt und daß es in Englands Macht liegen könnte, den Ereignissen eine andere Richtung zu geben». Das der Labourpartei nahestehende, weit über Großbritannien hinaus gelesene Blatt bezweifelt zwar, daß die entschlossene Abkehr Englands von der atomaren Aufrüstung den entscheidenden Anstoß zur internationalen Abrüstung geben könne. Aber wie soll man noch auf eine west-östliche Verständigung über eine ernsthafte Verminderung der Kriegsvorbereitungen hoffen, wenn in der westlichen Welt die künstlich erzeugte Angst vor einer Bolschewisierung des Abendlandes jede Bereitschaft zur Abrüstung von vornherein erstickt? Irgendwo *muß* diese Massenhypnose gebrochen werden. Der Wille, nie wieder zu Kriegswaffen zu greifen — zu Waffen also, die heute nur noch Selbstvernichtung bewirken können — muß irgendwo so allgewaltig werden, daß auch das dumme Schlagwort «Lieber tot als rot» seine Macht verliert und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus einzig mit den Waffen der Überzeugung geführt wird. Und wenn Großbritannien dieses Land wird, so müßte es seltsam zugehen, wenn ihm nicht bald andere Länder folgten und so jene bisher vergeblich erstrebte internationale Vereinbarung zustandekäme, die uns endlich eine Welt ohne Krieg schenken würde.

7. April 1961 *Hugo Kramer*